

563919-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Stadtplanung und Landschaftsgestaltung – Planung einer klimaresilienten Natur- und Freizeitfläche mit Jugendbezug im Nuthepark in Potsdam

OJ S 156/2026 14/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Vergabemanagement

E-Mail: zentrale-vergabestelle@rathaus.potsdam.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planung einer klimaresilienten Natur- und Freizeitfläche mit Jugendbezug im Nuthepark in Potsdam

Beschreibung: Die Landeshauptstadt Potsdam beabsichtigt die Vergabe von Planungsleistungen von Freianlagen nach §§ 39 und 40 der HOAI 2021 für die Planung der teilweise brachliegenden öffentlichen Grünfläche Nuthepark (Teilfläche 2) zu einer klimaresilienten Natur- und Freizeitfläche mit Jugendbezug.

Kennung des Verfahrens: 1ce5e988-a0da-4ff7-8786-8b1a3870bfef

Interne Kennung: OV-L-453-169-26

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71400000 Stadtplanung und Landschaftsgestaltung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71410000 Stadtplanung, 90712100 Umweltorientierte Stadtentwicklungsplanung, 90712000 Umweltplanung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14469

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP9YCRHS24#

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten
Verpflichtungen: Mit dem Angebot ist einzureichen: Eigenerklärung über das Nichtvorliegen
von Ausschlussgründen gem. §§ 123 ff. GWB (Formular 4.1 EU). Im Falle einer
Bietergemeinschaft ist die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe für
jedes Mitglied separat einzureichen. Alternativ ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen
Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV möglich. Sofern Nachunternehmer oder Eignungsleihe
vorliegt ist die Eigenerklärung von Nachunternehmern und Verleiher auf Verlangen
einzureichen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planung einer klimaresilienten Natur- und Freizeitfläche mit Jugendbezug im Nuthepark
in Potsdam

Beschreibung: Für die Planung und bauliche Umsetzung stehen Fördermittel des
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) sowie Eigenmittel
der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zur Verfügung, die bis Ende 2028 umzusetzen und
beim Zuwendungsgeber abzurechnen sind. Ziel der BBSR-Förderung (Bundesinstitut für Bau-,
Stadt, und Raumforschung) ist die Entwicklung exemplarischer Freiraumtypologien zur
Klimaanpassung an 5 Standorten (Teilflächen) im Stadtgebiet der LHP, die als Vorbild für die
Aufwertung und klimaangepasste Grünflächengestaltung vergleichbarer Freiräume in den
verschiedenen Sozialräumen Potsdams dienen sollen. Dabei sollen bislang ungenutzte
Potentiale durch Maßnahmen zur CO₂-Bindung, Reduzierung der Hitzebelastung und
Verbesserung des Wasserrückhalts aufzeigen, wie sich Klimaanpassung, Nutzungsqualität
und -quantität dauerhaft steigern und verbinden lassen.
Interne Kennung: OV-L-453-169-26

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71400000 Stadtplanung und Landschaftsgestaltung
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71410000 Stadtplanung, 90712100 Umweltorientierte
Stadtentwicklungsplanung, 90712000 Umweltplanung

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Friedrich-Ebert-Str. 79/81
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14469
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/10/2026
Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: - Pflanzung klimawirksamer Gehölze in Form von Strauch- und Baumgruppen sowie Alleestrukturen - Maßnahmen zur Nutzbarmachung von Regenwasser (Regenwasserbewirtschaftung) - Installation von Bewässerungstechnik zur nachhaltigen Versorgung der Vegetationsflächen (Erweiterung der bestehenden Ringleitung mit Tropfschlauchleitungen für die Bäume)

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Anpassung an den Klimawandel

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot ist einzureichen: Eigenerklärung gem. §45 I Nr. 1 VgV ist ein Mindestumsatz von 500.000 Euro netto jährlich für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre nachzuweisen (Formblatt 4.9 Erklärung Umsatz).

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot ist folgende Eigenerklärung einzureichen: Als Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sollen mindestens zwei (2) abgeschlossene Referenzen aus den letzten fünf (5) Kalenderjahre des Unternehmens eingereicht werden, die mit dem Auftragsgegenstand in ihrer Gesamtheit vergleichbar sind. Hierbei sind bereits durchgeführte Projekte des Unternehmens in der Objektplanung Freianlagen §§ 38 ff HOAI zu belegen und die somit die langjährige Erfahrung des Unternehmens auf dem Gebiet wider-spiegeln. (Die Einreichung von mehr als zwei Referenzen führt zu keiner besseren Bewertung des Angebotes). Vergleichbar bedeutet, Planungsleistungen die die folgenden Kriterien abbilden: 1. Für jede Referenz: Planung für einen öffentlichen Bauherren Im Leistungsbild Freianlagen, §§ 38 ff HOAI, in den Leistungsphasen 2 bis 8, mit mindestens Honorarzone III, Basissatz 2. Für jede Referenz: Plangebiet mit einer Größe zwischen mindestens ein Hektar 3. Für Referenz Nr. 1: Nachweis der Durchführung von Projekten wie Erholungsparks mit klimaangepassten Gehölzstrukturen (mind. 750.000,- EUR Netto-Baukosten) 4. Für Referenz Nr. 2: Nachweis der Durchführung von Projekten wie Urban-Sports-Parks oder Jugendorten (mind. 500.000,- EUR Netto-Baukosten) 5. Zusätzliches Kriterium 5. ist zwingend erforderlich für eine der beiden Referenzen: Nachweis des Planens und Bauens mit Fördermitteln 6. Zusätzliches Kriterium 6. Ist zwingend erforderlich für eine der beiden Referenzen: Beteiligung an informellen Jugendbeteiligungen und Öffentlichkeitsveranstaltungen Ermittlung der geeigneten Bieter: Es sind insgesamt mindestens zwei Referenzen einzureichen, wobei - Referenz 1, die in Punkt 1. & 2. sowie dem Punkt 3 genannten Kriterien erfüllen muss - Referenz 2, die in Punkt 1. & 2. sowie dem Punkt 4 genannten Kriterien erfüllen muss Wichtig: Bei mindestens einer Referenz muss das zusätzliche Kriterium 5 und bei mindestens einer Referenz das zusätzliche Kriterium 6 erfüllt sein. Es ist ebenfalls möglich, dass eine Referenz beide zusätzlichen Kriterien 5. und 6. erfüllt. Sollten mehrere Referenzen die Punkte 5. & 6. erfüllen, führt dies nicht zu einer besseren Bewertung des Angebots. Folgende Angaben sind für die Referenzen vorzunehmen: - Auftragsgegenstand / Leistungszeitraum / Baukosten / Beschreibung der (Planungs-) Leistung (Inkl. Angaben zu den oben genannten Kriterien) - Name des Auftraggebers: (ggf. Ansprechpartner) und Kontaktdaten (e-Mail und Tel-Nr.) - zu jeder Referenz ist eine Projektbeschreibung mit einzureichen (max. zwei DIN A4 Seiten). Zu jedem nachgewiesenen Kriterium soll kurz erklärt werden, wodurch der Bewerber dieses in der nachgewiesenen Referenz als erfüllt betrachtet. (Formblatt 4.6 techn. und berufl. Leistungsfähigkeit)

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot ist folgende Eigenerklärung einzureichen: Der Bieter hat zum Nachweis seiner fachlichen Eignung mindestens ein (1) vergleichbares Referenzprojekt innerhalb der letzten fünf (5) Jahre, rückwirkend vom Ende der Angebotsfrist, mit folgenden Mindestkriterien vorzulegen: Fördermittelabwicklung: Das Projekt muss unter Verwendung von öffentlichen Fördermitteln (EU-, Bund-, Landes- oder Kommunalmittel) abgewickelt worden sein. Die Erfahrung im Umgang mit den entsprechenden Verwendungsnachweisen und Förderrichtlinien ist auf Nachfrage durch Bestätigung des Auftraggebers nachzuweisen. Baukosten: Die Netto-Baukosten des Projektes belaufen sich auf mindestens 500.000 Euro. (Formblatt Eigenerklärung Fördermittel- und Beteiligungserfahrung)

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot ist folgende Eigenerklärung einzureichen: Der Bieter hat zum Nachweis seiner fachlichen Eignung eine Eigenerklärung über mindestens ein (1) Referenzprojekt innerhalb der letzten fünf (5) Jahre, rückwirkend vom Ende der Angebotsfrist, mit folgenden Mindestkriterien vorzulegen. Das Projekt umfasste die Konzeption, Moderation oder strategische Steuerung von Beteiligungsprozessen, bei denen nachweislich verschiedene Interessengruppen (z. B. Bürger, Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Verbände oder unterschiedliche Gesellschaftergruppen) aktiv eingebunden und koordiniert werden mussten. Methodenkompetenz: Der Bieter muss Erfahrungen in der Anwendung von Beteiligungsverfahren (z. B. Techniken, Stakeholder-Einbindung, Mediationsverfahren, moderierte Foren oder strukturierte Konsultationen) nachweisen. (Formblatt Eigenerklärung Fördermittel- und Beteiligungserfahrung)

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot sind ggf. folgende Eigenerklärungen einzureichen: 1) Eigenerklärung über Unteraufträge/Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) (Formular 4.3 EU), (sofern einschlägig). Es sind Angaben zu tätigen, welche Teile des Auftrages das Unternehmen, unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV) bzw. welche Kapazitäten anderer Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe beabsichtigt sind in Anspruch zu nehmen (sofern einschlägig). Alternativ ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV möglich. Sofern eine Eignungsleihe bzgl. der wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit vorgenommen wird, sind die diesbezüglichen Eignungsnachweise des anderen Unternehmens in Form einer Eigenerklärung beizulegen (sofern einschlägig). Alternativ ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV möglich. 2) Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind für jeden benannten Unterauftragnehmer / Eignungsverleiher separat einzureichen: - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Formular 4.4 EU) - Eigenerklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB (Formular 4.1 EU) - Vereinbarung zwischen dem Bieter/Auftragnehmer/Nachunternehmer /Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmern oder Verleihern (Formular 5.4).

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Angaben zur Abfrage von Eintragungen aus dem Wettbewerbsregister: Der Auftraggeber wird für den Wirtschaftsteilnehmer, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister gem. §

6 WRegG bei der Registerbehörde anfordern. Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten haben daher auf Anforderung des Auftraggebers einen vergleichbaren Nachweis nach Maßgabe der Rechtsvorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: 1. Angebotspreis

Beschreibung: Das Angebot mit der niedrigsten "Angebotssumme Gesamt, brutto" aus dem Formblatt "Leistungsbeschreibung inkl. Honorarangebot" erhält 40 Punkte und ein Angebot mit einem Preis in Höhe des Doppelten des niedrigsten Angebotspreises 0 Punkte. Die Ermittlung der Punkte für die anderen Angebote erfolgt an Hand folgender Formel: $\text{Preispunkte} = 40 - 40 \times ((\text{Angebotssumme Bieter} - \text{Angebotssumme niedrigstes Angebot}) / \text{Angebotssumme niedrigstes Angebot})$ Ergibt sich bei der Berechnung der Preispunkte ein Minusergebnis, erhält dieses Angebot auch 0 Punkte. Die berechnete Punktzahl wird kaufmännisch auf die zweite Kommastelle gerundet.

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 3.1 Qualifikation und Erfahrung des/der Projektleiter/in mit vergleichbaren Projekten

Beschreibung: Benennung von zwei (2) personenbezogenen Referenzen aus den letzten fünf (5) Jahren, rückwirkend ab Ende der Angebotsfrist, die bereits abgeschlossen sind, und nach Art und Umfang mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind. Vergleichbar meint hier Erfahrungen bei der Freianlagenplanung gemäß §§ 38 ff HOAI, im öffentlichen Raum mit Schwerpunkt Erholungsparks mit klimaangepassten Gehölzstrukturen, mit Urban-Sports-Parks mit Aufenthaltsflächen und/oder Treffpunkten mit Stadtmöblierungen oder vergleichbaren Projekten, sowie Erfahrungen in der Kinder- und Jugendbeteiligung oder Bürgerbeteiligung. Zu jeder Referenz ist zusätzlich eine Beschreibung des Bauvorhabens einzureichen, die jeweils zwei (2) DIN A4 Seiten nicht überschreiten sollte. Das Einreichen von mehr Referenzen führt nicht zu einer besseren Bewertung. Werden mehr als zwei Referenzen eingereicht, werden die zwei besten Referenzen zur Wertung herangezogen. In Formblatt 4.7 Referenzen Beschäftigte werden vor diesem Hintergrund folgende Daten obligatorisch abgefragt: 1. Auftragsgegenstand (Projektbezeichnung) 2. Leistungszeitraum (von / bis) 3. Bausumme netto 4. Funktion der benannten Person 5. Beschreibung des Bauvorhabens 6. Auftraggeber 7. Abteilung des Auftraggebers (ggf. Ansprechpartner) und Kontaktdaten (E-Mail und Telefonnr.) 8. Ggf. Referenzbescheinigung Zudem ist die mindestens 5-jährige Berufserfahrung des Projektleiters/ der Projektleiterin, als auch ein fachlich entsprechender Berufsabschluss als Dipl. Ing./ Master in der Fachrichtung Landschaftsarchitektur / Landschaftsplanung oder Landespflege nachzuweisen. Die Berufserfahrung soll in Form einer Kurz-Vita (max. 2 DIN-A4-Seiten) mit entsprechenden Nachweisen / Zeugnissen (Kopie genügt) vom Bieter selbst erstellt und mit dem Angebot eingereicht werden. Der Bewertungsmaßstabes und Bepunktung sind in der Bewertungsmatrix einzusehen.

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 3.2 Qualifikation und Erfahrung des 1. Mitarbeiters und Stellvertretung der Projektleitung mit vergleichbaren Projekten

Beschreibung: Benennung von einer (1) personenbezogenen Referenz aus den letzten fünf (5) Jahren, die bereits abgeschlossen ist, rückwirkend ab Ende der Angebotsfrist, die nach Art und Umfang mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar ist. Vergleichbar meint hier insbesondere Erfahrungen bei der Freianlagenplanung gemäß §§ 38 ff HOAI, im öffentlichen Raum mit Schwerpunkt Erholungsparks mit klimaangepassten Gehölzstrukturen, mit Urban-Sports-Parks mit Aufenthaltsflächen und/oder Treffpunkten mit Stadtmöblierungen oder vergleichbaren Projekten. Zur Referenz ist zusätzlich eine Beschreibung des Bauvorhabens einzureichen, die jeweils zwei (2) DIN A4 Seiten nicht überschreiten sollte. Das Einreichen von mehr Referenzen führt nicht zu einer besseren Bewertung. Werden mehr als eine Referenz eingereicht, wird die beste Referenz zur Wertung herangezogen. In Formblatt 4.7 Referenzen Beschäftigte werden vor diesem Hintergrund folgende Daten obligatorisch abgefragt: 1. Auftragsgegenstand (Projektbezeichnung) 2. Leistungszeitraum (von / bis) 3. Bausumme netto 4. Funktion der benannten Person 5. Beschreibung des Bauvorhabens 6. Auftraggeber 7. Abteilung des Auftraggebers (ggf. Ansprechpartner) und Kontaktdaten (E-Mail und Telefonnr.) 8. Ggf. Referenzbescheinigung Zudem ist die mindestens 5-jährige Berufserfahrung der/des Stellvertreterin/ Stellvertreters, als auch ein fachlich entsprechender Berufsabschluss als Dipl. Ing./ Master in der Fachrichtung Landschaftsarchitektur / Landschaftsplanung oder Landespflege nachzuweisen. Die Berufserfahrung soll in Form einer Kurz-Vita (max. 2 DIN-A4-Seiten) mit entsprechenden Nachweisen / Zeugnissen (Kopie genügt) vom Bieter selbst erstellt und mit dem Angebot eingereicht werden. Der Bewertungsmaßstabes und Bepunktung sind in der Bewertungsmatrix einzusehen.

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 3.3 Qualifikation und Erfahrung des zweiten Mitarbeiters

Beschreibung: Benennung von einer (1) personenbezogenen Referenz aus den letzten drei (3) Jahren, die bereits abgeschlossen ist, rückwirkend ab Ende der Angebotsfrist, die nach Art und Umfang mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar ist. Vergleichbar meint hier Erfahrungen bei der Freianlagenplanung gemäß §§ 38 ff HOAI, im öffentlichen Raum. Zu jeder Referenz ist zusätzlich eine Projektbeschreibung einzureichen, die jeweils zwei (2) DIN A4 Seiten nicht überschreiten sollte. Das Einreichen von mehr Referenzen führt nicht zu einer besseren Bewertung. Werden mehr als eine Referenz eingereicht, wird die beste Referenzen zur Wertung herangezogen. In Formblatt 4.7 Referenzen Beschäftigte werden vor diesem Hintergrund folgende Daten obligatorisch abgefragt: 1. Auftragsgegenstand (Projektbezeichnung) 2. Leistungszeitraum (von / bis) 3. Bausumme netto 4. Funktion der benannten Person 5. Beschreibung des Bauvorhabens 6. Auftraggeber 7. Abteilung des Auftraggebers (ggf. Ansprechpartner) und Kontaktdaten (E-Mail und Telefonnr.) 8. Ggf. Referenzbescheinigung Zudem ist die mindestens 3-jährige Berufserfahrung des 2. Mitarbeiters, als auch ein fachlich entsprechender Berufsabschluss als Dipl. Ing./ Bachelor in der Fachrichtung Landschaftsarchitektur / Landschaftsplanung oder Landespflege nachzuweisen. Die Berufserfahrung soll in Form einer Kurz-Vita (max. 2 DIN-A4-Seiten) mit entsprechenden Nachweisen / Zeugnissen (Kopie genügt) vom Bieter selbst erstellt und mit dem Angebot eingereicht werden. Der Bewertungsmaßstabes und Bepunktung sind in der Bewertungsmatrix einzusehen.

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 2.1 Ideenskizze mit textlicher Erläuterung

Beschreibung: Zielstellung: Der Bieter soll zeigen, dass die Aufgabenstellung der Leistungsbeschreibung verstanden wurde. Einzureichen ist eine anschauliche, grafische, skizzenhafte Darstellung einer Arbeitsidee auf der Grundlage des den Vergabeunterlagen beigefügten PDFs "Betrachtungsraum Nuthepark". Für die Bewertung der Ideenskizze ist eine textliche Erläuterung beizufügen. Arbeitsaufgabe: Auf Grundlage des vom AG zur Verfügung gestellten Lageplans "Betrachtungsraum" soll eine Idee schematisch, schlüssig dargestellt werden, wie: - Kinder- und Jugendangebote - Sport- und / oder Freizeitangebote - sowie klimaverbessernde und den Naturhaushalt erhaltende Flächen sinnvoll in Wechselwirkung stehen können. Zusätzlich zur grafischen Darstellung der Ideenskizze soll eine textliche Erläuterung von maximal 2 DIN-A4 Seiten erbracht werden. Die beabsichtigten Vorstellungen sind kurz darzustellen und zu begründen. Es soll ablesbar sein, dass die dargestellte Idee den Anforderungen und Vorstellungen des Auftraggebers entspricht und mit den bauleitplanerischen Zielen vereinbar ist. Es sollen keine vorentwurflichen Lösungen erarbeitet werden. Es wird nur eine Ideenskizze mit textlicher Erläuterung gefordert. Es soll die Herangehensweise bzw. die Ausrichtung der späteren Planungsleistung erkennbar sein. Die Bewertung von Ideenskizze und Erläuterung erfolgt an Hand des Erfüllungsgrades der Zielstellung. Wie werden die Indikatoren Kinder- und Jugendangebote, Sport- und / oder Freizeitangebote sowie klimaverbessernde und den Naturhaushalt erhaltende Flächen mit einander und in Flächengröße in Bezug gestellt? Dabei nehmen Aussagekraft und Plausibilität Einfluss auf die Bewertung. (Die Ideenskizze soll max. eine DIN-A3-Seite, die textliche Erläuterung max. 2 DIN-A4-Seiten umfassen.)

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 2.2 Herangehensweise

Beschreibung: Mit dem Angebot ist durch den Bieter die Herangehensweise zu erläutern (sollte max. 2 DIN A4-Seiten umfassen) Diese sollen sich an den u. s. Indikatoren orientieren. Bei der Wertung der Qualität zur Herangehensweise für das Projekt "klimaresiliente Natur- und Freizeitfläche mit Jugendbezug im Nuthepark in Potsdam" werden die Unterkriterien 2.2.1 - 2.2.4 jeweils mit 1-5 Wertungspunkten bewertet. Vor diesem Hintergrund ist in diesem Kriterium der Erhalt von maximal 20 Wertungspunkten möglich. Um die endgültige Leistungspunktzahl des Unterkriteriums "2.2 Wertung Herangehensweise" zu erhalten, werden im Anschluss die Wertungspunkte mit dem Faktor 0,5 multipliziert. Es sind somit maximal 10 Leistungspunkte in diesem Unterkriterium zu erreichen. 2.2.1 Personalkapazitätenplanung (max. 5 Wertungspunkte) Zielstellung: Optimaler Einsatz der Personalkapazitäten Arbeitsaufgabe: Für die Bewertung der Weiterentwicklung ist eine textliche Erläuterung zu erbringen. Diese sollte enthalten - Angaben zum Personaleinsatz inklusive Vertretungsregeln - Es soll erkennbar sein, dass ausreichend Personal für die Leistung zur Verfügung steht Wann und in welcher Phase werden wie viele und welche Mitarbeiter am Projekt mitarbeiten? 2.2.2 Projektorganisation (max. 5 Wertungspunkte) Zielstellung: Optimale Projektorganisation, reibungsloser zeitlicher Ablauf Terminmanagement Arbeitsaufgabe: Für die Bewertung ist eine textliche Erläuterung zu erbringen und sollte folgende Punkte enthalten - Darstellung der Durchführung für das anstehende Projekt - Projektaufbauorganisation und Zusammenarbeit zwischen den Partnern des Projektteams - Einbindung weiterer zu beteiligender Fachingenieur: innen/Berater:innen Wie wird eine qualitätsgerechte Umsetzung erreicht? Welche Möglichkeiten der Nachsteuerung im Projektgeschehen sind vorgesehen? 2.2.3 Kommunikation und Präsenz (max. 5 Wertungspunkte) Zielstellung: Optimale Kommunikation und Präsenz im Projektverlauf Arbeitsaufgabe: Es sollte eine schriftliche Erläuterung zur Kommunikation und Präsenz mit Beschreibung der nachfolgenden Punkte erfolgen: -

Besprechungskultur, Erreichbarkeit und Projektkommunikation mit dem Auftraggeber (Auf welchen Wegen erfolgt zu welchem Zeitpunkt die Kommunikation mit dem Auftraggeber? E-Mail, Mobil-Telefon, ViKO, Präsenz vor Ort? Mindestanforderungen: 50% der Planungsbesprechungen beim Auftraggeber vor Ort, mindestens jedoch 1 x monatlich; Bauberatungen mind. 1x wöchentlich vor Ort - siehe Leistungsbeschreibung Punkt. 1.6) - Besprechungskultur, Erreichbarkeit und Projektkommunikation mit weiteren Behörden (Wie erfolgt der Informationsaustausch mit den Behörden? Per Mail, Ortstermine?) - Art, Umfang und Qualität der Einbeziehung des Auftraggebers (Auf welchem Informationsweg und in welchen zeitlichen Abständen erfolgt der Informationsfluss zum Planungsfortschritt?) 2.2.4 Kosten-, Qualitäts-, Terminmanagement (max. 5 Wertungspunkte) Zielstellung: Optimales Kosten-, Qualitätsmanagement im Projektverlauf Arbeitsaufgabe: Schriftliche Erläuterung zum Kosten-, Qualitäts- und Terminmanagement mit - Maßnahmen zur Gewährleistung der Qualität und Nachhaltigkeit - der Einhaltung der quantitativen Zielsetzungen, - von Kosten und Terminen zur Umsetzung der Planung
Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)
Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 08/09/2026 23:59:59 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCRHS24/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: Die Kommunikation im Rahmen dieser Ausschreibung findet ausschließlich schriftlich über den Kommunikationsbereich dieses Projektraums des Vergabemarktplatz Brandenburg statt.

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCRHS24>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCRHS24>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 15/09/2026 09:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 57 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nachforderung von Vergabeunterlagen gemäß § 56 VgV

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 15/09/2026 09:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Eröffnungstermin — Beschreibung: gem. § 55 Abs. 2 S. 2 VgV. Befugte sind mindestens 2 Vertreter des (öffentlichen) Auftraggebers.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Mit dem Angebot ist einzureichen: -
Eigenerklärung EU-Sanktion Russland gem. Verordnung (EU) 2022/576 des Rates (Formular 4.12) - Eigenerklärung der Bewerber-/Bietergemeinschaft, dass der bezeichnete bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren und im Falle der Auftragserteilung bei der Durchführung des Vertrages rechtsverbindlich vertritt; der bevollmächtigte Vertreter darf, mit uneingeschränkter Wirkung, für jedes Mitglied Zahlungen annehmen und alle Mitglieder haften für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner (Formular 4.2 EU) (sofern einschlägig). Auf Verlangen ist einzureichen: - Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Formular 5.3 EU) - ggf. Vereinbarung zwischen dem Bieter/Auftragnehmer /Nachunternehmen zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Formular 5.4 EU)
Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein
Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch einen Bieter einzuhaltenden Fristen hin. Statthafte Rechtsbehelfe sind gem. §§ 160 ff. GWB die Rüge sowie der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer. Eine Rüge ist an die genannte Vergabestelle zu richten. (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Ein Unternehmen ist nicht antragsbefugt, soweit es sich auf die Unwirksamkeit einer Rechtsverordnung nach § 5 des Bundestariftreuegesetzes beruft, wenn die Unwirksamkeit dieser Rechtsverordnung nicht durch rechtskräftigen Beschluss nach § 98 Absatz 4 Satz 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes festgestellt ist. Das Unternehmen hat darzulegen, dass ihm durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15

Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind, 5. ein offensichtlicher Missbrauch des Antrags- oder Beschwerderechts gemäß § 180 Absatz 2 vorliegt. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Vergabemanagement

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Vergabemanagement

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Vergabemanagement

Registrierungsnummer: 12-12992262150119-98

Postanschrift: Friedrich-Ebert-Str.79/81

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14469

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

E-Mail: zentrale-vergabestelle@rathaus.potsdam.de

Telefon: +49 331289-0

Internetadresse: <https://www.potsdam.de/de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Registrierungsnummer: t:03318661719

Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14473

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

E-Mail: Vergabekammer@MWAEK.Brandenburg.de

Telefon: +49 331866-1610

Fax: +49 331866-1652

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

68949880-52bf-471c-b4df-1c6987408ef2-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Vor Änderung lauteten die Positionen wie folgt: 5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung URSPRÜNGLICH Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch einen Bieter einzuhaltenden Fristen hin. Statthafte Rechtsbehelfe sind gem. §§ 160 ff. GWB die Rüge sowie der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer. Eine Rüge ist an die genannte Vergabestelle zu richten. § 160 GWB: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. 5.1.11 Auftragsunterlagen URSPRÜNGLICH Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: Deutsch Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 20/07/2026 23:59 +02:00 5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe URSPRÜNGLICH Frist für den Eingang der Angebote: 07/08/2026 10:00 +02:00 Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 56 Tag Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung: Datum des Eröffnungstermins: 07/08 /2026 10:00

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: 5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung NEU Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die

zulässigen Rechtsbehelfe und durch einen Bieter einzuhaltenden Fristen hin. Statthafte Rechtsbehelfe sind gem. §§ 160 ff. GWB die Rüge sowie der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Zuständigen Vergabekammer. Eine Rüge ist an die genannte Vergabestelle zu richten. (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Ein Unternehmen ist nicht antragsbefugt, soweit es sich auf die Unwirksamkeit einer Rechtsverordnung nach § 5 des Bundestariftreuegesetzes beruft, wenn die Unwirksamkeit dieser Rechtsverordnung nicht durch rechtskräftigen Beschluss nach § 98 Absatz 4 Satz 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes festgestellt ist. Das Unternehmen hat darzulegen, dass ihm durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden Entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind, 5. ein offensichtlicher Missbrauch des Antrags oder Beschwerderechts gemäß § 180 Absatz 2 vorliegt. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. 5.1.11 Auftragsunterlagen NEU Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: Deutsch Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 08/09/2026 23:59 +02:00 5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe NEU Frist für den Eingang der Angebote: 15/09/2026 09:00 +02:00 Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 57 Tage Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung: Datum des Eröffnungstermins: 15/09/2026 09:00
Änderung der Auftragsunterlagen am: 13/08/2026

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 3980460c-b6be-4615-8b0e-7b5197b3f2a1 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/08/2026 09:57:15 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 563919-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 156/2026
Datum der Veröffentlichung: 14/08/2026